

Everyday Postsocialism in Eastern Europe. History Doesn't Travel in One Direction. Hrsg. von Jill Massino und Markus Wien. Purdue University Press. West Lafayette 2024. 283 S., Ill. ISBN 978-1-612-49970-3. (\$ 54,99.)

„History doesn't travel in One Direction“ – die im Untertitel dieses Sammelbandes artikuliert Erkenntnis lässt sich angesichts der aktuellen Weltlage kaum anzweifeln. Das Modell der liberalen Demokratie, das mit dem Ende des Kalten Krieges seinen vermeintlichen Siegeszug angetreten hat, ist in Ost wie West in Bedrängnis geraten, Francis Fukuyamas Prognose vom „Ende der Geschichte“ selbst auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ gelandet. Vor diesem Hintergrund fragen Jill Massino und Markus Wien in ihrem lesenswerten Band nach der Multidirektionalität, ja Vielzeitigkeit der Geschichte im postsozialistischen Europa. Indem sie sich der Frage „how people look forward *and* backward to understand and navigate change – as well as continuity“ (S. 2) widmen, tragen sie zur jüngeren, zeithistorischen Transformationsforschung bei, die die Singularität des Bruchs 1989 hinterfragt und alternative Periodisierungen, Kontinuitäten und Inversionen aufzeigt.

Im Fokus steht – so der Titel der 2019 durch Massino organisierten Podiumsdiskussion, die den Ausgangspunkt der vorliegenden Publikation bildet – der „real existierende Postsozialismus“. Mit Blick auf die Lebenswelten unterschiedlicher Gruppen setzt sich der Band mit der Kluft zwischen Ideal und Realität, zwischen den „promises of liberal democracy and market capitalism on the one hand and people's actual experiences of them on the other“ (S. 5) auseinander. Neben Arbeiter:innen, Angestellten und Freiberufler:innen, widmen sich die Beiträger:innen der LGBTQ-Community, ausländischen Studierenden sowie Kindern und Jugendlichen. Gegliedert in fünf Teile, betreffen die einzelnen Analysen Polen, die Tschechoslowakei bzw. Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien sowie Ostdeutschland. Sie stammen in der Mehrheit von Historiker:innen und Soziolog:innen, die seit Jahren zur Alltagsgeschichte des Staats- und Postsozialismus forschen und hierfür in vielen Fällen die Methode der Oral History nutzen.

Warum sich die Hrsg. für „Postsozialismus“ als titelgebenden Begriff und konzeptuellen Rahmen entschieden haben, stellen sie in ihrer konzisen Einleitung überzeugend heraus. Anders als im Bereich der Wirtschaft oder Politik, in denen andere Termini (etwa „Transformation“) besser geeignet sein mögen, um die Wandlungsprozesse seit 1989/1990 zu beschreiben, konstatieren Massino und Wien für den Alltag der Menschen im östlichen Europa eine anhaltende Prägenkraft von Ideen, Strukturen und Praktiken des realen Sozialismus. Sämtliche Artikel arbeiten Sicht- und Handlungsweisen heraus, die aus der Zeit vor 1989 stammen und teils bis in die Gegenwart wirksam sind. Teleologische Termini wie „transition“ lehnen die Hrsg. konsequenterweise ab; nach eindeutigen, meist als regressiv markierten „Nostalgien“ fahnden sie nicht. Stattdessen hinterfragen sie gemeinsam mit den Autor:innen grundsätzlich die Möglichkeit, eine lineare Alltagsgeschichte der letzten vier Jahrzehnte zu schreiben und schlagen je nach betrachteter Sphäre alternative Periodisierungen vor.

Dieser Vielzeitigkeit des Postsozialismus gehen die Beiträge auf fünf verschiedenen Feldern nach. Der erste Teil „Socioeconomic Transformations“ widmet sich dem Wandel der Arbeitswelt durch Privatisierung, Deindustrialisierung, (Klein-)Unternehmertum und Globalisierung seit den 1970er Jahren. Indem sie die Erfahrungen von polnischen und tschechischen Arbeiter:innen sowie ungarischen Kleinunternehmer:innen nachzeichnen, legen Joanna Wawrzyniak, Ondřej Klípa und Annina Gagyiova für alle drei Länder Zäsuren jenseits von 1989 frei: Polnische Ingenieur:innen, die in den 1970er Jahren internationale Erfahrungen sammelten, starteten mit Fähigkeiten in die 1990er Jahre, die im kapitalistischen System direkt anwendbar waren; Menschen, die im Zuge der Wirtschaftsreformen bereits Anfang der 1980er Jahre in Ungarn kleine Unternehmen aufgebaut hatten, erlebten eher die staatlich forcierte Globalisierung der späten 1990er Jahre als Bruch. Für die Arbeiter:innen im tschechischen Hrochův Týnec markierte die Schließung der Zuckerfabrik 2006 den zentralen Umbruch. In ihren Erinnerungen findet Klípa keinerlei Nostalgie, sondern allein Frust gegenüber den politischen Zentren in Prag

und Brüssel sowie Ärger über den wirtschaftlichen Irrsinn, eine Fabrik zu demontieren, die noch in den 1990ern umfassend modernisiert worden war.

Auch die folgenden beiden Teile, die sich Politiken der Ausgrenzung in Polen, Ungarn und Bulgarien sowie sexuellen und reproduktiven Rechten in Rumänien widmen, stellen zeitliche Verwerfungen heraus, die die Demokratisierung und Liberalisierung, die gemeinhin mit 1989 verbunden wird, mindestens ambivalent erscheinen lassen: Raia Apostolova schildert am Beispiel von afrikanischen und asiatischen Studierenden in Bulgarien, wie sich antikommunistischer Diskurs und rassistische Einstellungen gegenseitig befeuern: Einst Symbole des sozialistischen Internationalismus, wurden die Student:innen nach 1989 als Relikte der kommunistischen Vergangenheit angesehen, deren man sich schnellstmöglich entledigen wollte. Sowohl Agnieszka Kościńska als auch Hadley Z. Renkin porträtieren die Entwicklung hin zum heutigen heteronormativen, ja „heteronationalen“ Narrativ in Polen und Ungarn als nicht-linearen, fragmentierten und widersprüchlichen Prozess, der frühe Formen der Selbstorganisation von Homosexuellen in den 1980er Jahren ebenso einschließt wie die aktuellen Rückschläge gegen LGBTQ-Rechte. Der öffentliche Kampf für sexuelle Selbstbestimmung erscheint dabei als zweiseitiges Schwert, denn ihre Unsichtbarkeit, so Kościńska, gewährte queeren Personen im Sozialismus eine gewisse Freiheit. Gleichzeitig ist die Ausweitung der Menschenrechte in Polen untrennbar mit dem Erstarken der katholischen Kirche verbunden, die wiederum einer Ausdehnung sexueller Rechte entgegentritt. Gleich zwei Beiträge zu Rumänien unterstreichen den Befund, dass der Umgang mit Sexualität, Geschlecht und Körper in den 1990ern zwar eine Liberalisierung erfuhr, aber viele Hoffnungen letztlich nicht eingelöst wurden. Insbesondere gilt dies, so Beatrice Scutaru, Luciana Jînga und Corina Doboş, für die Sexuaufklärung von Kindern und Jugendlichen und die Unterstützung sozial benachteiligter Frauen bei der Familienplanung. In beiden Bereichen hatten sich nach 1989 US-amerikanische Akteure der Entwicklungshilfe und nationale NGOs engagiert, deren Förderung mit Rumäniens EU-Beitritt 2007 sukzessive auslief.

In dem Teil „Origin Stories“ sind Fallstudien versammelt, die sich mit der Notwendigkeit auseinandersetzen, die eigene Vergangenheit angesichts veränderter politischer Koordinaten neu zu erzählen. Während Victor Petrov die historiografische Suche nach Ursprungsmythen in Bulgarien in den Blick nimmt, setzen sich Till Hilmar und Sándor Horváth mit der Neujustierung individueller Lebenserzählungen auseinander. Hilmar widmet sich der rhetorischen Figur des *turncoats* – auf Deutsch würde man wohl „Wendehals“ sagen – in Ostdeutschland und Tschechien. Wie ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei in Ungarn ihren Entschluss zum Eintritt erklären, analysiert Horváth. Letzterer konstatiert generationell bedingte unterschiedliche Rechtfertigungsstrategien, stellt aber fest, dass die Mitgliedschaft an sich kein prinzipiell schambesetztes Thema sei. In beiden Fällen stellten die Interviewten Werte wie Arbeitsmoral, Bildung und Kompetenz als rote Fäden in ihren Biografien heraus. Ebenso wie in den Beiträgen von Wawrzyniak und Klípa zeigt sich hier das besondere Potenzial eines Oral History-Zugriffs auf den Postsozialismus: In den persönlichen Narrativen werden Sinngebungen sichtbar, die in den simplifizierenden, antikommunistischen, nationalen Meistererzählungen, die das politische System vor 1989 ebenso pauschal abwerten wie das sozialistische Industrieerbe, keinen Platz haben.

Weniger mit Ausblendungen als mit fragmentierten, unvollständigen Erinnerungen setzt sich im letzten Teil Friederike Kind-Kovács auseinander. Ihre Fallstudie zu „Wendekindern“ in Deutschland legt eine kollektiv erfahrene Orientierungslosigkeit derer nahe, die ihre Kindheit bzw. Adoleszenz in einer Zeit erlebten, als ihre Eltern und Erzieher:innen selbst in vielerlei Hinsicht orientierungslos waren. Abgeschlossen wird das Buch von einer Studie zur rumänischen Diaspora und deren Teilhabe am politischen Leben in der Heimat. Der eher politikwissenschaftlich angelegte Beitrag fügt sich nicht recht in den Band ein, da er weder an Alltagserfahrungen interessiert ist noch das Konzept eines viel-schichtigen, vielzeitlichen Postsozialismus aufgreift. Dieses Manko fällt vor allem deshalb

auf, weil die Publikation ansonsten durch ihre Kohärenz und das sorgfältige Lektorat besticht. So nehmen fast alle Autor:innen Bezug auf die titelgebende Multidirektionalität der Geschichte und runden ihre Analysen durch entsprechende Fazits ab. Die Artikel sind weitestgehend stringent, nur manchmal geht die Argumentation etwas zu schnell. So hätte etwa Petrovs These, dass die von ihm betrachteten Mythen der bulgarischen Staatlichkeit vor allem jene ansprechen, „who had not benefited from the transition“ (S. 203), etwas mehr Belege gebraucht.

Der Band präsentiert eine Collage von teils sehr spezifischen Fallstudien, die einmal mehr die Ambivalenz der Transformation unterstreichen. Dies gelingt im genauen Blick auf individuelle Erfahrungen und agonistische Erinnerungsbestände. In einer Zeit, in der das östliche Europa im öffentlichen Diskurs vor allem durch Berichte zu Demokratiefeindlichkeit und Euroskeptizismus präsent ist, fokussieren die hier versammelten Analysen nicht nur den Frust der „Wendeverlierer:innen“, sondern auch positive Erinnerungsbestände, Erfolgsgeschichten und ambivalente Erfahrungen. Indem sie nach der besonderen Zeitlichkeit des postsozialistischen Alltags fragen, schreiben die Autor:innen gegen allzu schematische Erklärungen für den aktuellen Erfolg des populistischen Versprechens, jene sozialen Gefüge wiederherzustellen, die der Neoliberalismus zerstört habe, an.

Leipzig

Sabine Stach

Julia Austermann: Visualisierungen des Politischen. Homophobie und queere Protestkultur in Polen ab 1980. (Queer Studies, Bd. 29.) transcript. Bielefeld 2021. 369 S., Ill. ISBN 978-3-8376-5403-5. (€ 49,-.)

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um eine überarbeitete Version der 2019 an der Universität Siegen eingereichten Dissertation von Julia Austermann. Die Autorin setzt sich darin mit den Protest- und Ausdrucksformen queerer Bewegungen in Polen auseinander.

Gerade in den vergangenen Jahren sind vermehrt sozial- und kulturwissenschaftliche Arbeiten entstanden, die sich mit queeren Bewegungen in Polen oder generell in Ostmitteleuropa befassen. Einige dieser Studien wählen historische Zugänge und arbeiten mit umfangreichen Quellensammlungen aus queeren Archiven oder privaten Archiven ehemaliger Aktivist:innen, so z. B. im Fall des schwulen Aktivistens Ryszard Kisiel aus Danzig (Gdańsk), der zunächst in Eigenregie HIV-Präventionsbroschüren und anschließend in den 1980er Jahren ein queeres Untergrundmagazin produzierte.

A. bemängelt, dass sich die bisherige wissenschaftliche Auseinandersetzung kaum mit den Bildstrategien und der visuellen Analyse der Quellenkonvolute beschäftigt habe. Hier setzt ihre Untersuchung an und geht der Frage nach, „wie die Macht homophober Visualisierungen mit queeren Gegenbildern konfrontiert wurde und wie sich der Bilddiskurs zu Homophobie in Polen zwischen 1980 und 2015 entwickelt hat“ (S. 35). Ihr Forschungsgegenstand umfasst zahlreiche Untergrundzeitschriften, Plakate, Flyer, Kunstperformances und Protestfotografie – nicht nur aus den 1980er Jahren, sondern bis in die Gegenwart hinein. Die Vf. verortet ihre Arbeit im Forschungsfeld der visuellen Kultur und arbeitet mit der Methode der Bild-Diskurs-Analyse, die es ihr ermöglicht zu untersuchen, wie „die Macht homophober Visualisierungen mit queeren Gegenbildern konfrontiert wurde und sich der Bilddiskurs zu Homophobie in Polen seit 1980 bis 2015 entwickelt hat“ (S. 35). Anschaulich kann A. beispielsweise anhand des christlichen Fischsymbols in Regenbogen-Farben analysieren, wie Aktivist:innen in den 2000er Jahren auf Demonstrationen queere und katholische Symbole verknüpften, um so für Akzeptanz und Toleranz gegenüber queeren Personen unter Gläubigen zu werben. Gleichzeitig greift die interdisziplinäre Untersuchung poststrukturalistische Zugänge der Queer und Gender Studies sowie der Bewegungs- und Protestforschung, insbesondere der Affect Studies, zurück. Nicht zuletzt versteht sich die Arbeit auch als Beitrag zur Zeitgeschichte, speziell zur Minderheitenforschung.